PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag

Mut zum Aufbruch - LINKE legt Konzept für moderne Verwaltung vor

Bodo Ramelow: „Acht Regionalkreise, Zweistufigkeit der Verwaltung, einräumiges Verwaltungshandeln"

„8, 2, 1, diese Zahlen müssen Sie sich merken", sagte Bodo Ramelow auf der mit großem Interesse aufgenommenen Pressekonferenz am 18. November in Erfurt zur Vorstellung des Konzeptes der Landtagsfraktion der LINKEN für eine umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen.

„Acht Regionalkreise, die Zweistufigkeit der Verwaltung und einräumiges Verwaltungshandeln, das sind unsere Eckpunkte", so der Fraktionschef, der für „Mut zum Aufbruch" warb. „Denn für das Bundesland Thüringen, das so stark unter der demografischen Entwicklung und der Abwanderung leidet, ist der Verwaltungsumbau die zentrale Herausforderung der Landespolitik."

Sonst gibt es Thüringen 2020 nicht mehr

Bodo Ramelow verwies auf die „harten Zahlen und Fakten" und sagte, dass Thüringen eine Verwaltung habe, die auch für eine Million Einwohner mehr leistungsfähig sei. Und er spitzte rhetorisch zu: „Entweder wir siedeln die eine Million mehr an oder wir bauen die Verwaltung um." Ansonsten sei Thüringen bald nicht mehr handlungs- und finanzierungsfähig „und gibt es 2020 dieses Bundesland nicht mehr".

DIE LINKE hat ein Konzept entwickelt, mit dem die schwerfällige, intransparente und demokratisch kaum steuerbare Verwaltungsstruktur moderner und effizienter organisiert werden kann – auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten. Dabei sollen vor allem die Kommunen gestärkt werden, Bürgerservicebüros Anlaufpunkte für alle Angelegenheiten sein. Sie kümmern sich darum, dass die richtige Behörde die Vorgänge bearbeitet.

Volksentscheid zur Gebietsreform

Am Ende eines etwa zehnjährigen Umorganisationsprozesses, so der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, gäbe es eine äußerst leistungsfähige Kommunalverwaltung, stünden erhebliche Einspareffekte. „Wir wollen Thüringen die Chance geben, sich zum modernsten und innovativsten Land der Bundesrepublik zu entwickeln."

Dabei sei mit ersten spürbaren Ergebnissen bereits nach vier Jahren zu rechnen, müsste es zunächst die Funktional-, dann die Verwaltungs- und schließlich die Gebietsreform geben, die nach den Vorstellungen der LINKEN mit einem Volksentscheid demokratisch legitimiert werden soll.

Der Fraktionschef kritisierte die in Thüringen gängige Praxis der Aufgabenübertragung des Landes an die kommunale Ebene. 80 Prozent der Landesaufgaben erledigten inzwischen die Kreisverwaltungen – „durch kein Parlament abgedeckt, wir nennen das ‚demokratiefreie Zonen'". Die dabei bisher zur Koordinierung agierenden immerhin 78 Mittelbehörden in Thüringen sollen abgeschafft und eine „konsequente Zweistufigkeit in der Verwaltung" geschaffen werden. Voraussetzung bei allem seien jedoch zunächst Aufgabenkritik und Aufgabenanalyse unter der Fragestellung, was durch wen erledigt und finanziert wird. „Dann müssen die Aufgaben zusammengedacht und zusammengelegt werden", so Ramelow. Mit Hinweis auf die derzeit von der Landesregierung getroffenen Sonderregelungen für die finanziell ins Trudeln gekommenen kreisfreien Städte, wie Suhl und Eisenach, brachte der Oppositionsführer sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass „momentan überall Geld fließt, nur, um Strukturen so zu lassen, wie sie sind". Könnte die LINKE ihr Konzept für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen in Regierungsverantwortung umsetzen, dann seien „diese Regionalkreise handlungsfähig – egal, was in der Bundesrepublik passiert".

Diskussion muss Fahrt aufnehmen

In der von der Linksfraktion unter dem Titel „Moderne Verwaltung" vorgelegten Broschüre, die gegenwärtig in den Kreisen und Städten Thüringens verteilt wird, sind die Eckpunkte des Konzepts erläutert. Die dringend notwendige Diskussion muss jetzt weiter Fahrt aufnehmen! Die Broschüre kann auch im Internet eingesehen und heruntergeladen werden:

www.die-linke-thl.de/politik/publikationen/

A. Rudolph ■

Kommentiert:

von Manfred Hellmann

Ehrliche (Kita-)Politik

Wie die finanziellen Auswirkungen des Kita-Gesetzes bei den Kommunen tatsächlich ankommen, dazu habe ich im letzten Plenum aus der Warte des Bürgermeisters von Viernau (Kreis Schmalkalden-Meiningen) gesprochen und Minister Matschie an seine Landtagsrede vom April erinnert, wo er sagte, dass das Land die zusätzlichen Kosten des neuen Kita-Gesetzes vollständig übernimmt und sie nicht auf die Kommunen oder Eltern abgewälzt werden.

Wir werden in Viernau in diesem Jahr um 100.000 Euro höhere Personalkosten haben durch die Neueinstellung von Kindergärtnerinnen. An unserer Kommune bleibt eine Differenz von 45.000 Euro hängen. Als es um die Neueinstellungen ging, hatte ich auf den Minister verwiesen und war auch ein bisschen zuversichtlich, dass es nicht ganz so dick kommt. Die Reaktion meiner Gemeinderäte: Wir werden also betrogen und belogen. Fatal ist, mein Verwaltungshaushalt mit einem Volumen von rund 1,7 Millionen Euro weist noch eine Lücke von 138.000 Euro aus, obwohl wir schon die Grund- und Gewerbesteuer und sogar die Hundesteuer erhöht haben. Auf meine Veranlassung hin nicht erhöht haben wir – bis jetzt – die Kindertagesstättengebühren.

Wir sind seit mehr als zehn Jahren eine kinderfreundliche Kommune, haben dazu Auszeichnungen bekommen. Unsere Kita-Beiträge sind extrem niedrig, das gebe ich zu. Wir verlangen von unseren Eltern ganztags 45 Euro. Wir haben das vor allem getan, weil wir uns schon lange mit der Problematik der Bevölkerungsentwicklung befasst und unseren Eltern immer gesagt haben, ihr könnt euch auf die Gemeinde verlassen. Wir haben versucht, Zuversicht, Sicherheit zu verbreiten, weil das eigentlich der Schlüssel dazu ist, dass sich junge Menschen vielleicht doch dazu durchringen, Kinder großzuziehen. Was wir heute tun, ist eine kontraproduktive Politik. Jeder Zweifler wird ein weiteres Mal überlegen, ob er Kinder großzieht.

Die Kita-Gebühren müssen gesondert ausgewiesen werden, dann gibt es wieder eine Chance für eine Diskussion. Es ist schon viel politisches Porzellan zerschlagen worden. Es geht um die Glaubwürdigkeit, um die Ehrlichkeit und Redlichkeit und vor allem um die Sinnhaftigkeit von Politik. ■

Aktuell

Ministerielles Aussitzen beschädigt Kulturlandschaft

Zur laufenden Debatte um den Erhalt der Thüringer Theater und Orchester erklärte die Kulturpolitikerin Dr. Birgit Klaubert: „Nach den Äußerungen des Nordhäuser Intendanten Lars Tietje macht sich nun Herr Montavon zum Sprachrohr einer verfehlten Politik." Denkt man seine Vorschläge weiter, „führt das zu einem Kulturkannibalismus, der schon einmal mit der Feststellung angedeutet wurde, dass den Letzten die Hunde beißen". Wichtig wäre, dass Christoph Matschie endlich Vorschläge auf den Tisch legt, wie die Finanzierung der Theaterlandschaft aussehen kann. „Der Minister kann sich nicht länger in irgendwelchen Arbeitskreisen verstecken, deren einzige Aufgabe es ist, Entscheidungen weiter hinaus zu zögern". Die LINKE Abgeordnete erneuerte ihre Forderung nach einem Finanzierungsmodell zwischen Land und Kommunen. „Die Ideen für einen Kulturförderausgleich sind doch lange auf dem Tisch! In einem Kulturfördergesetz könnten diese gesetzlich fixiert werden. Warum wird nicht überlegt, die Verwaltungs- und Marketingbereiche der einzelnen Häuser auszugliedern und in einem Landesbetrieb zu bündeln? Die Wege in Thüringen sind verhältnismäßig kurz! Die für die Identifikation der Menschen mit den Spielstätten wichtigen künstlerischen Bereiche blieben dabei vor Ort, die organisatorischen Aufgaben würden ihnen abgenommen! Und besonders wichtig dabei ist: Die Produktions- und Spielstätten könnten weiterhin eine feste Säule im regionalen Kulturangebot bleiben und ihren Bildungs- und Kulturauftrag erfüllen." Um organisatorisch effizientere Strukturen zu erreichen, schlägt Birgit Klaubert vor, zur Vorbereitung der Spielpläne eine Spielplankonferenz einzurichten, die die Stärken der Häuser berücksichtigt, aufwändige Produktionen gemeinsam organisiert und auch Abstimmungen untereinander zulässt. Bindet man dabei die Musikhochschule und gegebenenfalls Schauspielschulen ein, wäre das „ein einzigartiger Ausweg aus der Traurigkeit und Einfallslosigkeit derzeitiger Verteilungskämpfe". ■

Kurz und Prägnant

Krokodilstränen

„Mit der Billigung der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durch den Bundesrat ist die Abkehr vom Atomausstieg beschlossene Sache. Das ist wahrlich ein schwarzer Tag für die energiepolitische Zukunft dieses Landes. Damit haben die Lobbyisten der großen Stromkonzerne gesiegt“, so Bodo Ramelow am 26. November. „Allen Krokodilstränen der Sozialdemokraten zum Trotz haftet die SPD mit ihrem Koalitionsvertrag für diese katastrophal verfehlte Politik der Bundesregierung“, so der LINKE Fraktionschef angesichts der Stimmenthaltung Thüringens. Es ist leider negativ festzustellen, dass die Ministerpräsidentin Lieberknecht „aus ideologischen Gründen gegenüber der Bundesregierung Vasallentreue hält, die massiv zulasten Thüringens geht“. ■

Aidshilfe sichern

„Die Aidshilfe und ihr Netzwerk von Beratungsstellen müssen langfristig in ihrem thüringenweiten Bestand finanziell abgesichert werden“, forderte MdL Karola Stange. Das Denken in Kategorien wie „Haushaltsvorbehalte“ und „Einsparpotenzial“ sei völlig unangebracht angesichts der existenziellen Bedeutung dieser Arbeit. Nach Ansicht der Gleichstellungsexpertin müssen regionale Benachteiligungen von Betroffenen unbedingt vermieden werden. Wichtig sei vor allem, die Präventionsarbeit, aber auch die Antidiskriminierungsaktivitäten der Aidshilfe, der Beratungsstellen und anderer Organisationen zu unterstützen. ■

Keine Transparenz

„Die Thüringer Landesregierung verweigert weiterhin mit fadenscheinigen Rechtsgründen ein höheres Maß an Transparenz bei der Finanzierung der Kindertagesstätten“, kritisiert der Kommunalpolitiker der Linksfraktion, Frank Kuschel. In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 29. November hatte sich die Landesregierung gegen die Vorschläge der LINKEN ausgesprochen, die Kostenerstattungen für den Kita-Bereich aus dem kommunalen Finanzausgleich herauszulösen und im Einzelhaushalt des Kultusministeriums einzustellen. „Dabei würde unser Vorschlag keinen Euro zusätzlich kosten und für Transparenz sorgen. Damit könnte jeder nachvollziehen, ob die Landesausgleichszahlungen tatsächlich alle Kosten decken.“ Gegenwärtig sind fast 270 Mio. Euro für die Kindertagesstätten in den allgemeinen Schlüsselzuweisungen enthalten, aus denen die Kommunen jedoch alle Pflichtaufgaben des eigenen Wirkungskreises und die freiwilligen Aufgaben finanzieren müssen. ■

Lautstarke Proteste gegen Kürzungen bei Schulen und Universitäten

Abgeordnete der LINKEN wandten sich gegen die Pläne der CDU-SPD-Landesregierung

Erst gab es eine bunte, aber unmissverständliche Protestdemonstration hunderter Schüler freier Schulen aus Thüringen vorm Landtag, ein paar Tage später zogen tausende Studierende aus allen Hochschulen des Landes mit ohrenbetäubenden Unmutsäußerungen vom Erfurter Hauptbahnhof zum Hohen Haus. Hier wie da sind die im Landeshaushalt für 2011 von der Thüringer Regierungskoalition geplanten Kürzungen Ursache der Proteste.

Die in diesem Zusammenhang geplanten Änderungen im Gesetz für freie Schulen gefährden sogar die Weiterexistenz einzelner freier Schulen. Dies habe die Anhörung am 17. November deutlich gezeigt, so Michaele Sojka, Sprecherin für Bildungspolitik der Linksfraktion, die zu den zeitgleich demonstrierenden Schülern (Foto oben) gesprochen hatte. Es werde bereits eine notwendige Verdoppelung des von den Eltern zu zahlenden Schulgeldes angekündigt. Auch Schulschließungen insbesondere bei kleineren Trägern freier Schulen und bei freien Berufsschulen seien nicht mehr ausgeschlossen. Damit werde ein wesentlicher und innovativster Teil des Thüringer Schulsystems in Frage gestellt. Offensichtlich nehme der Minister in Kauf, dass „der Zugang zu Schulen, welche nachweislich zu den besten in Thüringen zählen, mit diesem Gesetz in Zukunft vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Damit verschärft sich die bereits bestehende soziale Ungleichheit unter einem SPD-Bildungsminister weiter“, protestierte die Abgeordnete der Linksfraktion.

Bereits im Vorfeld der Demonstration der Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS) gemeinsam mit der GEW am 23. November hatte namens der Linksfraktion die Sprecherin für Ausbildungs- und Studierendenfragen Susanne Hennig erklärt: „Das Anliegen ist berechtigt. Wenn man so wie jetzt ohne plausible Begründung wegen eines angeblichen Notfalls vom Hochschulpakt abweicht, muss man sich dagegen wehren.“

„Wer heute kürzt, zahlt morgen drauf“ – die Studierenden, die sich zum Schluss ihres Protestzuges vor dem Landtagshochhaus versammelt hatten, schleuderten Minister Matschies Rechtfertigungsversuchen ihre Haltung verbal und nonverbal entgegen. Starken Beifall zollten sie der Rede von Dr. Karin Kaschuba, Sprecherin für Wissenschaftspolitik der Linksfraktion, und ihrer Aufforderung: „Helfen Sie mit, dass wir Minister Matschie helfen können, Thüringen tatsächlich zum Bildungsland Nummer eins zu machen.“ Dafür seien allerdings auch die notwendigen Bedingungen zu schaffen – „Lehrkräfte, Räume, Platz für die Freiheit zum Studieren“. Leider lasse es der amtierende Minister an entsprechenden Aktivitäten, die Attraktivität der Hochschulen zu steigern, fehlen. Der Hochschulpakt werde ohne schlüssige Begründung einseitig aufgekündigt und ein langfristiger Entwicklungsplan für den Hochschulstandort Thüringen erst gar nicht angefasst. ■

Kritik am Entwurf für ein Demokratie-Landesprogramm

„Der Entwurf für das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wird weder quantitativ noch qualitativ die notwendige zivilgesell-schaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus stärken“, so Martina Renner. Die Rechtsextremismus-Expertin der Linksfraktion wies auf erhebliche Mängel in der Ausgangsanalyse hin, die offensichtlich auf unterschiedliche politische Absichten zurückzuführen sind. Besonders deutlich werde dies bei dem Versuch, andere antidemokratische Potentiale in der Gesellschaft zu beschreiben, als den Rechtsextremismus.

„Ein Landesprogramm kann bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nur dann Erfolg haben, wenn die Ziele klar und konkret bestimmt sind und sich nicht hinter politisch motivierten Verallgemeinerungen verbergen. Andererseits müssen auch die angestrebten Maßnahmen konkret untersetzt werden. Gerade im Bildungsbereich unterlässt es der Entwurf, allgemeine Aussagen zu verlassen“, sagte die Abgeordnete.

Nicht zu akzeptieren sei es, wenn dem institutionalisierten Verfassungsschutz, also einem Geheimdienst, eine Beratungsfunktion gegenüber kommunalen Präventions-projekten zugeschrieben wird. Das Landesamt habe mehrfach offenbart, dass es ein höchstgradig untaugliches Instrument für die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist. Dafür sei es aber mit erheblichen Befugnissen für einen Grund-rechtseingriff ausgestattet. Nicht zu akzeptieren sei auch, dass das Parlament nicht mehr die Möglichkeit habe, den Entwurf weiter zu qualifizieren.

Schweigendes Landesamt

Scharf kritisiert hat die Abgeordnete „das Schweigen des Thüringer Landesamtes für den Verfassungsschutz, das nach Auskunft der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen (GfAW) dazu geführt hat, dass ein bekannter und vor allem für Organisationen verantwortlicher Rechtsextremist in den Genuss einer öffentlichen Förderung kommt“.

Martina Renner verwies auf die durch Medien-Recherchen bekannt gewordene Tatsache, dass ein Unternehmen eines NPD-Funktionärs Fördermittel über das Thüringer Wirtschaftsministerium aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds erhalten hat. Nunmehr werde geprüft, ob diese Mittel zurückgefordert werden können. Laut dem MDR-Bericht vom 22.11. habe die GfAW sich vor Bewilligung des Förderantrages mit einer Anfrage an den Verfassungsschutz gewandt, aber keine Antwort erhalten.

„Während der ehemalige Thüringer Innenminister im Auftrag der Innenministerkonferenz Konzepte entwickelt, auf welchem Weg rechtsextremen Organisationen der Geldhahn der Steuermittel abgedreht werden kann, verursacht der nachgeordnete Geheimdienst, dass an anderer Stelle Geldhähne geöffnet werden – auf der einen Seite eine aufmerksame und sensibilisierte Einrichtung wie die GfAW und auf der anderen Seite ein Landesamt, das offenkundig nicht willens oder nicht in der Lage ist, auf eine Anfrage zu antworten.“ ■

Jugendpauschale und Soziokultur stärken, Schulessen bezuschussen

Linksfraktion beweist: Politische Haushalts-Gestaltung ist möglich und notwendig

Natürlich geht es der LINKEN vor allem darum, dass für eine Verbesserung der Einnahmesituation im Landeshaushalt eine andere, eine gerechtere Steuerpolitik auf Bundesebene gemacht wird“, so betonte die Haushaltspolitikerin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Birgit Keller, bei der Vorstellung der Änderungsanträge für den Landeshaushaltsplan 2011 auf der Pressekonferenz am 23. November in Erfurt. Daher werde die Fraktion auch dazu im Landtag einen Entschließungsantrag vorlegen. Zugleich verwies sie auf das grundlegende Thüringer Problem einer ausstehenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform und den Schwerpunkt der Etat-Umschichtung aus Sicht der LINKEN beim Bildungs- und Sozialbereich. Finanzpolitiker Mike Huster erläuterte die Anträge. Vor dem Hintergrund der von der LINKEN schon seit längerem erkannten Notwendigkeit einer Konsolidierung der Landesfinanzen – die Änderungsanträge sehen eine Senkung der Nettoneuverschuldung um 40 Millionen Euro vor – sei „politische Gestaltung möglich und notwendig“. So soll es auf jedes Schulessen einen Ein-Euro-Zuschuss geben, die Schulsozialarbeit gestärkt und die Jugendpauschale von 10 auf 13 Millionen Euro erhöht werden.

Die Anträge der Linksfraktion zielen auch auf „absolute Transparenz“ bei der Kita-Finanzierung, weshalb die Gelder komplett aus dem Kommunalen Finanzausgleich heraus- und in den entsprechenden Einzelplan des Landeshaushalts hineingenommen werden, „damit sie vollständig dort ankommen, wo sie gebraucht werden“. Zudem sollen die Zuschüsse für Museen, freie Theater und soziokulturelle Zentren erhöht werden. Als kontraproduktiv bezeichnete der Abgeordnete auch die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Erwachsenenbildung sowie bei der politischen Bildung. Neben dem Bildungsbereich untermauert die Linksfraktion einen weiteren Schwerpunkt bei den Kommunen, weshalb sie hier 30 Millionen Euro zusätzlich im nächsten Jahr vorsieht.

Die Einnahmeseite verbessern will DIE LINKE u.a. durch die Auflösung der Stiftung Familiensinn und die Erhöhung der Grunderwerbssteuer. Die

von der Regierungskoalition geplante so genannte globale Minderausgabe in Höhe von 60 Millionen Euro wird von der LINKEN kategorisch abgelehnt, denn das Parlament hätte dann auf die Kürzungen gar keinen Einfluss mehr.

Mike Huster hob auf der gut besuchten Pressekonferenz (unser Foto) die produktive und intensive Arbeit der Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion hervor, die sich auch im Rahmen einer Haushaltsklausur über ihre Anträge zum Landeshaushalt verständigt hatten. „Wir haben unsere Haushaltspolitik konsequent weiterentwickelt“, unterstrich der Parlamentarier. Dazu gehören auch die Verabredungen zum Umgang mit den für 2011 prognostizierten Steuermehreinnahmen, auf die die LINKE „angesichts der weltwirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten nicht wetten würde“. Vielmehr sei die Mai-Steuerschätzung Grundlage der jeweiligen Haushaltsplanungen und hätten die Regierungsfraktionen bereits angekündigt, die (etwaigen) Mehreinnahmen in Höhe von 147 Millionen Euro vollständig zur Senkung der bisher geplanten Neuverschuldung einzusetzen. Diese würde die Linksfraktion auch so handhaben.

In der Plenarsitzung am 9. Dezember soll der Landesetat abschließend beraten werden. Bereits am Vortag wollen Schüler, Studenten und andere von den Sparmaßnahmen der CDU-SPD-Landesregierung betroffene Thüringer Bürgerinnen und Bürger erneut vor dem Landtag in Erfurt demonstrieren.

A.R. ■

A bis Z:

Städtebauförderung

Angesicht der erneut vom Thüringer Bauminister Carius geforderten Rücknahme der geplanten Kürzungen bei der Städtebauförderung hatte MdL Heidrun Sedlacik erklärt: „Was nützen all die starken Worte, wenn dennoch und vor allem beim Programm Soziale Stadt massiv gekürzt werden soll.“ Natürlich müsse die Städtebauförderung mindestens auf dem diesjährigen Niveau fortgesetzt werden, darüber könne auch nicht die Erhöhung des Bundeshaushaltsansatzes 2011 für die Städtebauförderung von 305 auf 455 Millionen hinwegtäuschen, „denn es wird immer noch um 80 Millionen gekürzt mit dem entsprechenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf die Thüringer Kommunen“.

Als besonders verheerend bezeichnete sie die geplante „massive Kürzung beim Programm ‚Soziale Stadt’ um 70 Prozent!“ Damit umfasse das Förderprogramm 2011 nur noch 28,5 Millionen Euro, gegenüber 95 Millionen Euro in diesem Jahr. Zudem sei geplant, das Programm fast nur noch für investive Maßnahmen einzusetzen. Dabei bestehe das Erfolgsrezept dieses Programms gerade im Zusammenspiel von Bauinvestitionen, Wohnumfeld und Infrastruktur mit sozial-integrativen Maßnahmen. „Es ist sozialpolitisch unverantwortlich, wenn künftig beispielsweise Projekte der Bildung, Integration, Ehrenamtstätigkeit sowie das auf diese Grundlage vielerorts eingeführte Quartiersmanagement nicht mehr gefördert werden“, protestierte die Abgeordnete der LINKEN. ■

Gerichte

Die derzeitige Organisation des Bereitschaftsdienstes bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in Thüringen müsse auf den Prüfstand gestellt werden, denn der unübersichtliche Flickenteppich sei nicht besonders bürgerfreundlich, so MdL Ralf Hauboldt. Mit Blick auf gleiche und ungehinderte Zugangsmöglichkeiten rechtsuchender Bürger auch in dringenden Fällen außerhalb der regulären Dienstzeiten, z.B. für Eilverfahren, Vollstreckungsschutz, dringende Regelungen in Familiensachen, in Fragen des Demonstrationsrechts, sollte es eine einheitliche Regelung an allen Gerichten in Thüringen geben, fordert der LINKE Landtagsabgeordnete. ■

Sozialversicherung

„Nachdem der Bundesgesundheitsminister mit seiner Gesundheitsreform den Ausstieg aus der gesetzlichen Krankenversicherung besiegelt hat, geht er zum Generalangriff auf die gesetzliche Pflegeversicherung über“, warnte der Sozialexperte der LINKEN, Jörg Kubitzki. Dabei handele der FDP-Politiker nach dem gleichen Muster: Mit der Kapital gedeckten Finanzierung verabschiede er sich bei der Pflege auch aus der solidarischen Finanzierung. „Die Absicherung des Pflegerisikos wird zur Privatangelegenheit jedes Einzelnen. Damit wächst das Risiko für die Versicherten. Im Falle von Finanzkrisen ist ihr Geld futsch. Rösler entpuppt sich als der Totengräber der deutschen Sozialversicherung!“ ■

Verkehrsverbünde

Vor dem Hintergrund der auch von der LINKEN unterstützten Proteste gegen die Schließung der Ohratalbahn, forderte MdL Dr. Gudrun Lukin den Ausbau der Verkehrsverbünde in Thüringen und verwies auf parlamentarische Initiativen der Linksfraktion. 2012 stellt die Landesregierung den Zuschuss für den Personenverkehr auf der traditionsreichen Ohratalbahn zwischen Gotha und Gräfenroda ein, obwohl die Bahn in den letzten Jahren in neue Haltepunkte, barrierefreie Bahnsteige und Eisenbahnkreuzungen Millionen investierte. Die Landesregierung müsse thüringenweit mehr auf Verkehrsverbünde orientieren – „sonst kommen noch mehr Orte unter die Räder, werden noch mehr Einwohner auf das Auto umsteigen“. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:
Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 8. bis 10. Dezember statt. In den letzten Plenarsitzungen im alten Jahr steht die abschließende Beratung des Haushaltsplanentwurfs für 2011 im Mittelpunkt der Debatte.

Ausstellung:
Am 9. Dezember wird im Funktionsgebäude des Thüringer Landtags eine Ausstellung mit Ölbildern der Südthüringer Künstlerin Andrea Moigk eröffnet, die sich speziell der Thüringer Landschaft widmet.

Internet:
Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:
www.die-linke-thl.de

Rede UND Widerrede

Verquere CDU-Logik

Aus der Landtagsdebatte zur Aufhebung des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes am 11. November:

Christian Gumprecht, CDU:
Eine Frage an die Einreicher von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sind Ihnen Familien wichtig? Ich war entsetzt über den Beitrag von Herrn Koppe. Also ich hatte damit nicht gerechnet (…) wieso wollen Sie denn eine direkt für Familien zugeschnittene Leistung nun streichen? Das Landeserziehungsgeld ist nämlich eine Leistung für junge Familien und damit machen wir Familienpolitik und viele Familien schätzen dies. Nach dem Bundeselterngeld ist es für Familien in Thüringen einfach nicht Schluss. Denn wir sagen Ja zur Familie und bauen ihnen damit nach wie vor eine Brücke. (…)

Matthias Bärwolff, LINKE:
(…) Die Frage, wie viel Geld wir den Familien geben, die Frage, wie viel Mittel wir den Familien zur Verfügung stellen, die ist deshalb auch so wichtig, weil gerade Ihre Partei, die CDU, hat jetzt im Bundestag im Zusammenhang mit dem Sparpaket und mit den Neuberechnungen der Hartz IV-Regelsätze die Kürzung des Bundeselterngeldes für Hartz IV-EmpfängerInnen beschlossen, dass also diejenigen, die im ersten Lebensjahr vor besonderen finanziellen Herausforderungen stehen, diejenigen, die sowieso schon am unteren Rand der Gesellschaft leben und jeden Euro ein- bis zweimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben können, diesen Leuten streichen Sie das Geld und jetzt stellen Sie sich hin und sagen, aber das Landeserziehungsgeld, das ist heilig, da dürfen wir nicht rangehen. Da ist in Ihrer internen Logik als CDU wirklich etwas verquer. Das ist unlogisch und es ist im Übrigen auch völlig unsinnig, denn das, was Sie begründen in Ihrem Gesetz von 1993 sind ja Erwerbslücken, Einkommenslücken, die entstehen. Und jetzt haben wir natürlich mit dem neuen Kita-Gesetz den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr. Das heißt, Familien bekommen ein Kind, bekommen ein Jahr lang Bundeselterngeld, bekommen möglicherweise auch 14 Monate Bundeselterngeld, wenn die Vätermonate genommen werden und dann haben Sie in Thüringen einen Rechtsanspruch. Sie haben einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung und dieser ist bundesweit einmalig und für ihn haben wir hart gekämpft. Ich sehe nicht ein, warum wir diesen Rechtsanspruch mit der Herdprämie konterkarieren sollen. ■

Negativ-Preis an SPD-Fraktion für ihr Festhalten an der „Residenzpflicht"

Flüchtlingsrat Thüringen: Entscheidung für Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen wurde verhindert

Anlässlich des Tages des Flüchtlings hat der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. am 29. November den jährlich vergebenen „Preis für die größtmögliche Gemeinheit" in diesem Jahr an die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag verliehen.

Wie der Flüchtlingsrat vorab in einer Presseinformation mitteilte, wurde die SPD-Fraktion mit dem Negativ-Preis für ihr Festhalten an der Residenzpflicht für Flüchtlinge in Thüringen ‚ausgezeichnet'. Flüchtlingen ist es verwehrt, ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde ihren Landkreis zu verlassen. Um eine Erlaubnis zu erhalten, müssen begründete Anträge gestellt werden.

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. fordert, wie Kirchen und Wohlfahrtsverbände sowie anderen Parteien – dazu gehört dezidiert die Linksfraktion im Thüringer Landtag – seit vielen Jahren die Abschaffung der Residenzpflicht in Thüringen und auf Bundesebene.

Die SPD hatte im Thüringer Landtag noch ausgeführt, dass die Residenzpflicht zu sozialer Ausgrenzung und Isolation, zu Kriminalisierung und Stigmatisierung durch sehr häufige polizeiliche Kontrollen von Menschen, die anders aussehen, zu hohem Bürokratieaufwand führt. Die SPD bestätigte in der Debatte, dass es willkürliche Entscheidungen der Ausländerbehörden gibt und die Suche nach Ausbildung und Arbeit durch die Residenzpflicht erschwert ist.

Bei der Abstimmung über den auch von der Linksfraktion getragenen Antrag stimmte die SPD im Landtag dann aber mehrheitlich aus Gründen der Koalitionsdisziplin gegen einen Vorstoß zur Abschaffung der Residenzpflicht und verhinderte somit eine Entscheidung für die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen. Dabei hatte die Thüringer SPD noch in ihrem Regierungsprogramm im vergangenen Jahr ankündigt: „Die Residenzpflicht weiten wir auf ganz Thüringen aus."

Die stellvertretende Landesvorsitzende des Thüringer Flüchtlingsrates, MdL Sabine Berninger, hatte zusammen mit Antje-Christin Büchner und Christine Reklau als weitere Vertreterinnen des Flüchtlingsrates den Negativpreis an die beiden Abgeordneten der SPD-Fraktion, Peter Metz und Matthias Hey, übergeben (unser Foto). Sie nahmen das Bild, mit dem die gegenwärtige teils undurchschaubare Thüringer Residenzregelung grafisch verdeutlich wurde, tapfer entgegen. Peter Metz meinte, dass nicht sie, sondern vielmehr die CDU-Fraktion diesen Preis verdient habe, denn die SPD sei bestrebt, die Residenzpflicht räumlich zu erweitern und ihr Ziel sei die komplette Abschaffung der Zwangsregelung. Dies sei aber in Thüringen schwierig, so Mathias Hey mit Verweis auf die Koalitionszwänge.

Der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. ist ein politisch unabhängiger Zusammenschluss von Engagierten und Interessierten im Flüchtlingsbereich und Aktiven aus Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, Kirchen und Parteien. Er versteht sich als Interessenvertretung von Flüchtlingen und als Thüringer Netzwerkstelle für in der Flüchtlingsarbeit Engagierte. Er setzt sich für den Schutz von Flüchtlingen und für den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen ein. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit war und ist von Vereinsgründung an die Forderung nach der Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge: „Sie ist äußerst diskriminierend und schränkt ein wesentliches Menschenrecht - jenes auf Bewegungsfreiheit aus Art. 13 AEMR (Abs. 1: Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen)- massiv ein. Die Gründe, die zur Legitimation der Residenzpflicht (Erreichbarkeit, gleichmäßige Verteilung, etc.) immer wieder angeführt werden, entbehren in der Praxis einer nachweisbaren Grundlage und stehen zudem in keinem Verhältnis zu der massiven Menschenrechtseinschränkung." ■

Bei der Unternehmenstour des Thüringer Behindertenbeauftragten

Der Behindertenbeauftragte der Thüringer Landesregierung, Dr. Paul Brockhausen, startete seine Unternehmenstour durch verschiedene Betriebe Thüringens mit dem Besuch des Opelwerkes in Eisenach. Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion, die den Auftaktbesuch des Behindertenbeauftragten begleitete, fordert eine höhere Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Sie hofft, dass die Vorbildfunktion von Opel Eisenach, die 124 schwerbehinderte Arbeitnehmer beschäftigen, bei anderen Unternehmen Interesse weckt und diese Nachahmungseffekte erzielen kann. Damit liegt die Beschäftigungsquote schwerbehinderter und diesen gleichgestellter Menschen in diesem Unternehmen mit 7,2 Prozent über der Quote der Thüringer Landesbehörden.

Nach Aussagen der Landesregierung in Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Karola Stange (DS 5/1494) lag im Jahr 2009 die Beschäftigungsquote schwerbehinderter und diesen gleichgestellter Menschen bei den Obersten Landesbehörden und nachgeordneten Behörden in Thüringen bei insgesamt 5,23 Prozent. In der Thüringer Staatskanzlei und im Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurde im Jahr 2009 die Beschäftigungsquote von fünf Prozent nicht erreicht.

Auch das Bestreben des Behindertenbeauftragten, über den jeweiligen Besuch hinaus ein regionales Netzwerk mit Schulen, Behörden, Reha- und Bildungsträgern entstehen zu lassen, findet bei Karola Stange Zustimmung. Dies kann eine kurzfristige und effektive Eingliederung in einen Betrieb bewirken.

Cordula Eger ■

Wie sollen Entscheidungen anders demokratisch gestaltet werden?

NACHGEFRAGT bei Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion

Thematische Fraktionssitzungen haben in der Linksfraktion eine gute Tradition. Am 24. November hat mit Alexander Schlager ein Aktivist des Bürgerprotests und Wissenschaftler der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg über den Widerstand gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ berichtet. Warum wurde das Thema ausgewählt?

Wir haben Alexander Schlager eingeladen, weil in der Auseinandersetzung um „Stuttgart 21“ verschiedene Politikfelder zusammen kommen, die aktuell sind, aber auch Grundfragen dieser Gesellschaft aufgreifen. Zum Beispiel, wie echte Bürgerbeteiligung aussieht, welche Antwort man Bürgern gibt, die unzufrieden sind mit der Politik, mit Parteien, mit Entscheidungsprozessen, die immer mehr das Gefühl haben, eigentlich entscheiden Wirtschaftskonzerne und Lobbyinteressen. Zu den verschiedenen Politikbereichen, die hier zusammenkommen, gehören die Verkehrspolitik, Stadtentwicklungsfragen, aber auch Fragen der Ökologie. Und zuletzt wirklich diese Grundfrage: wenn Bürger das Gefühl haben, bei politischen Grundsatzentscheidungen außen vor gehalten zu werden – wie sollen Entscheidungen anders demokratisch gestaltet werden?

„Stuttgart 21“ ist ja schon einige Zeit in den Medien präsent. Welche neuen Erkenntnisse konnten gewonnen werden?

Ich fand besonders spannend, wie sich in Stuttgart das Bündnis zusammensetzt, wie es zu Entscheidungen kommt und wie es die Heterogenität aushält. Entgegen der Meinung, die teilweise auch vor Ort geäußert wird, dass es ein Protest sei, der erst kürzlich entstanden ist, hat Alexander Schlager aufgezeigt, dass es sich um einen schon seit Jahren anhaltenden Prozess handelt. Wo am Anfang ein Sachkundigmachen stand, eine Qualifizierung der einzelnen Akteure, wo Gegengutachten erstellt wurden und erst am Ende der Entwicklung der Protest auf die Straße getragen wurde. Das wird oft ausgeblendet, auch und gerade in der Berichterstattung. Dieses Bündnis, das aus vielen kompetenten Partnern besteht, auch Fachleuten, die sich bis ins Detail dort eingefuchst haben, ist in der Lage, eine Vielzahl von Aktionsformen auszuhalten, immer wieder einen gemeinsamen Konsens zu finden und selbst eine andere Form von Demokratie zu praktizieren.

Wie stellt sich die Rolle der LINKEN bei den Protesten dar?

Die LINKE dort ist Teil der Bewegung, sie will in keiner Weise dominieren und das ist richtig. Es geht um Demokratisierung und da wäre es äußerst kontraproduktiv, wenn versucht würde, politisch zu vereinnahmen, vielleicht mit Blick auf kommende Wahlen. Das wäre das Falscheste, was man machen kann. Die LINKE vor Ort muss natürlich auch feststellen, dass gegenüber den Grünen und der Rolle, die sie in Baden-Württemberg schon lange spielen – sie sind dort ja fast schon eine alteingesessene Partei, die LINKE ist eine neue Partei – es nicht darum gehen kann, zu konkurrieren. Die LINKE ist Teil der Bewegung, sie bringt sich ein und wirkt mit den Möglichkeiten einer Partei oder auch einer Stiftung produktiv für die Bewegung.

Lassen sich generelle Erfahrungen für den Umgang der LINKEN mit neuen sozialen Bewegungen und Bürgerbündnissen ableiten?

Alexander Schlager hat es so zusammengefasst: die LINKE muss den Brückenschlag hinbekommen zwischen sozialer Frage und Demokratiefrage. Ich glaube, das ist eine wichtige Aufgabe. Viele von außen reduzieren die LINKE auf eine Partei, die im Kern die soziale Frage thematisiert – das ist auch richtig, das tun wir natürlich – aber wir sind auch Bürgerrechtspartei. Diese beiden Aspekte müssen wir stärker zusammenbringen, da gibt es durchaus Berührungspunkte. Man darf jetzt auch nicht davon ausgehen, dieser Protest in Stuttgart sei allein ein bürgerlicher Protest, da sind unterschiedliche Schichten beteiligt, prekarisierte Akademiker und ähnliche, die für uns auch für die soziale Frage zu gewinnen sind. Interessant ist, wie sich heute solche Bewegungen aufeinander beziehen. Der Castor-Protest hat sich beispielsweise auf Stuttgart 21 bezogen. In Dannenberg wurde auch zu Protesten gegen das Sparpaket aufgerufen. Die Aktionen im „heißen Herbst“ stehen nicht vereinzelt, und in der Bevölkerung hat sich das Verständnis von Widerstand gewandelt. Die Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam ist dort gewachsen, wo die Menschen das Gefühl haben, Politik geht gegen die Interessen der Bürger.

Stichwort Castor: Für den 16. Dezember ist ein Transport durch Thüringen angekündigt. Welche Position bezieht die Linksfraktion?

Wir lehnen diesen Transport ab. Nicht nur, weil jeder Transport die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängert, sondern weil es hier konkret einen Vertragsbruch gibt. Das Zwischenlager am ehemaligen Atomkraftwerksstandort Lubmin war ja nur für die Rücknahme von ostdeutschen Kernbrennstoffabfällen gedacht und da soll jetzt anscheinend – das ist eine Vermutung – ein zweites Zwischenlager eröffnet werden, wohin vielleicht, wenn Gorleben in Zukunft nicht mehr durchsetzbar ist, Transporte durchgeprügelt werden sollen. Solche Versuche, weitere Zwischenlagerstandorte und mögliche Endlager zu eröffnen, haben eine große politische Dimension. Es geht also nicht allein darum, dass ein solcher Transport eine große Gefährdung darstellt, für die Bevölkerung, für die eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, sondern um eine wichtige politische Frage, die genau zu dem passt, was ich eben gesagt habe: gegen den Willen der Bevölkerung werden Dinge durchgesetzt, die zum Teil bis in den Bereich des Vertragsbruchs gehen.

Wird sich die Fraktion an den Protesten gegen den Castor-Transport beteiligen?

Wir sind auch hier Teil einer Bewegung. Es gibt Vorbereitungstreffen, an denen nehmen wir natürlich teil. Auch Grüne und SPD wollen dort aktiv werden, das begrüßen wir. Wir hoffen, dass das Bündnis eine große Breite gewinnt. Man muss allerdings realistisch bleiben. Wir sind nicht das Wendland und sollten also nicht erwarten, dass wir am 16.12. tausende Menschen auf die Beine bringen. Ich glaube aber schon, dass wir mit denen, die sich für dieses Thema sensibilisieren lassen, in Thüringen ein deutliches Zeichen setzen können.

(Das Gespräch führte Stefan Wogawa) ■

KURZ UND PRÄGNANT

Applikationszentrum Ilmenau

„Die Thüringer Landesregierung ist in der Pflicht, wenn es darum geht, Lösungen für die Zukunft des Applikationszentrums in Ilmenau (APZ) anzubieten“, so MdL Dieter Hausold, angesichts der Nachricht, dass die Betreibergesellschaft den Vertrag für die Reinräume im Ilmenauer Zentrum gekündigt hat. Die Technische Universität hatte ihr Interesse zur Übernahme geäußert, was jedoch voraussetzt, dass der Freistaat sich an der Finanzierung des APZ beteiligt. „In den Applikations- und Technologiezentren wird ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger marktfähiger Produkte geleistet. Es wäre töricht, wenn sich Thüringen diese Chance, das Land als Innovationsstandort zu stärken, entgehen lässt“, betonte der LINKE Wirtschaftspolitiker. ■

Aussortierende Schulen

„Während in den Kindertagesstätten in Thüringen die gemeinsame Bildung und Betreuung von Kindern mit und ohne Förderbedarf mittlerweile zur Normalität gehört, zählen die Thüringer Schulen weiterhin zu den am häufigsten aussortierenden und ausgrenzenden Bildungseinrichtungen“, so MdL Michaele Sojka mit Blick auf die aktuelle Ländervergleichsstudie der Bertelsmann-Stiftung zur inklusiven Bildung. „Schon allein die Tatsache, dass den Schülern in Thüringen wesentlich häufiger als anderen Schülern in Deutschland ein sonderpädagogischer Förderbedarf attestiert wird, ist besorgniserregend. Dass diese Schüler aber nach wie vor mit ihrem Schuleintritt aussortiert und überproportional häufig an Förderschulen gesondert beschult werden, ist traurige Realität und daran hat sich leider auch in den letzten Jahren nichts geändert.“ ■

Netzumbau statt Neubau

Das Landesverwaltungsamt rollt das Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt Vieselbach-Altenfeld der 380 kV-Trasse neu auf. „Die LINKE steht weiter an der Seite der Bürger, die gegen das für Mensch, Natur und Umwelt unsinnige Mega-Projekt protestieren“, so MdL Petra Enders, die auf den Antrag der Linksfraktion verweist, statt des Neubaues der 380 kV-Leitung Halle-Schweinfurt die bestehende 380 kV-Leitung Remptendorf-Redwitz mit Hochtemperaturseilen zu bespannen. Schließlich sei dies weltweit Stand der Technik, koste maximal die Hälfte einer neuen Freileitung und würde die Übertragungskapazität der Leitung mindestens verdoppeln. ■

Wie die neuen Medien für linke Politik genutzt werden sollten

Mitarbeiter der Landtagsfraktion qualifizierten sich in Fachworkshops/LiMA regional am 4. Dezember in Erfurt

Neue Medien für linke Politik nutzen“ – zu einem ganztägigen Medienseminar trafen sich mehr als 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsfraktion und der Abgeordneten am 25. November im „Haus am Wald!“ in Elgersburg. Zeit, die idyllische Umgebung zu genießen, blieb allerdings kaum: in sechs Workshops beschäftigte man sich mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, dem Web 2.0, dem Videoaktivismus, der Kampagnenplanung und dem Layout von Informationsmaterial. Organisiert wurden die Fachworkshops von der „Linken Medienakademie“ (LiMA), einem professionellen Medienpartner, wie André Blechschmidt, parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, in der Begrüßung betonte.

Eine weitere öffentliche Veranstaltung der LiMA findet in Kooperation mit der Landtagsfraktion am 4. Dezember ab 10 Uhr an der Fachhochschule in Erfurt, Altonaer Straße 25, statt.

Den LiMAregional-Tag eröffnet Dr. Christoph Bieber, Politikwissenschaftler und Mitglied des Zentrums für Medien und Interaktivität der Universität Gießen, mit einem Fachvortrag zum Thema „Politik und Web 2.0“.

Am Nachmittag geht es in mehrstündigen, parallelen Workshops um die Aneignung praktischer Fähigkeiten für Einsteiger wie Fortgeschrittene: Kampagnenplanung, Guerilla-Marketing, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Schwerpunkt Texten für Online), Agenda-Setting, Umgang mit Bildern (Fotografieren und Bearbeitung mit Gimp, Photoshop), Layout (InDesign, Scribus), Videoaktivismus und die Nutzung des Web 2.0 (Wikis, Blogs, Microblogging, soziale Netzwerke, Umgang mit dem LINKEN CMS) stehen hier im Mittelpunkt.

Über die Fragestellung „Schlagzeilen um jeden Preis oder Maulwurfsarbeit? – Linke (und) Medien in Thüringen“ sprechen Vertreter linker Medien am Abend im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Neben Bildung und Diskussion gibt es einen „Markt der Möglichkeiten“, auf dem sich Organisationen und Medien präsentieren. Die LiMAregional Erfurt ist eine Veranstaltung von Linke Medienakademie e.V. in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen, Kommunalpolitisches Forum Thüringen und Radio F.R.E.I.

Anmeldung und Programm unter www.linke-medienakademie.de ■

Geplante Neuregelungen im SGB II – Paradigmenwechsel im Sozialrecht

Die Bundesregierung plant mit dem „Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches“ zahlreiche Änderungen, die zum 1. Januar 2011 in Kraft treten sollen und massive Auswirkungen für die Betroffenen mit sich bringen. Die sprachliche Wandlung, dass aus „Hilfebedürftigen“ nunmehr „Leistungsbedürftige“ werden, hält nicht, was sie verspricht. Wirkliche Verbesserungen für Leistungsberechtigte gibt es kaum. Als positiv zu bewerten ist, dass nach der Neuregelung im § 37 Abs. 2 Satz 1 SBG II der Antrag auf den Beginn des Monats, in dem er gestellt wurde, zurückwirkt. Allerdings sind bestimmte Bedarfe, wie Erstausstattung der Wohnung, unabweisbarer Bedarf und Bildungsleistungen, nicht mehr vom Grundantrag umfasst und müssen gesondert beantragt werden.

Aufwandsentschädigung für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, wie die Übungsleiterpauschale und steuerliche Begünstigungen für kommunale Mandatsträger, sollen künftig als Einkommen angerechtet und von den Hartz IV-Leistungen abgezogen werden, es sei denn, die Nichtanrechnung ist öffentlich-rechtlich geregelt. Dies wird auch gesellschaftspolitisch verheerende Auswirkungen haben. Einerseits wirbt der Staat für mehr ehrenamtliches Engagement, beabsichtigt anderseits aber diejenigen Menschen auszuschließen, die sich mangels Arbeitsmarktperspektive gesellschaftlich engagieren.– ein Paradigmenwechsel im Sozialrecht, der nicht nur mit Blick auf den 10. Jahrestag des Ehrenamts in Europa, der 2011 begangen wird, gerade zu grotesk ist, sondern auch für die Betroffenen eine weitere Ausgrenzung bedeutet. Auch Einkünfte aus Tagespflege werden künftig angerechnet, damit wird eine weitere sozialpolitische Privilegierung aufgegeben.

Besonderes einschneidend und Existenz unterschreitend aber wird sich die Neuregelung in § 43 SGB II auswirken. Betrug bisher die Aufrechnung behördlicher Ansprüche bis zu 30 Prozent der Regelleistung und war damit eine Existenzunterschreitung rechtlich nur gegenüber demjenigen möglich, der vorsätzlich oder grob fahrlässig wahrheitswidrige Angaben gemacht hat, soll es künftig hinsichtlich der Verschuldensfrage keine Nuancierung mehr geben. Rückerstattungsansprüche sollen demnach in Höhe von 30 Prozent der maßgeblichen Regelleistung gegenüber jeder Person der Bedarfsgemeinschaft aufrechnungsfähig sein – unabhängig davon, wer es verschuldet hat. Der Deutsche Sozialgerichtstag hat bereits verfassungsrechtliche Bedenken insbesondere hinsichtlich der neuen Regelsätze geäußert. Die Kriterien der Transparenz und Klarheit seien nicht erfüllt. Eine neue Klageflut wird befürchtet. DIE LINKE teilt diese verfassungsrechtlichen Bedenken. Zwar ist der Begriff der „Menschenwürde“ ins Gesetz eingefügt, es mangelt aber an dessen materiellen Umsetzung. Für DIE LINKE ist Hartz IV ein doppelter Betrug, ein respektloser Umgang mit Lebenslagen von Menschen, die nahezu chancenlos sind, aus diesem Teufelskreis herauszukommen.

Bürgerbüro der Linksfraktion im Thüringer Landtag
Telefon: 0361-3772637
E-mail: koelbel@die-linke-thl.de ■

Demokratie im Visier

Woran wird man sich später erinnern, wenn man an 2010 denkt? Vielleicht auch daran, dass wieder einmal ein paar Fanatiker an Grundfesten der Demokratie gerüttelt haben. Ins Visier geriet dabei die Pressefreiheit, die hierzulande noch Verfassungsrang hat: „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“ (Artikel 5, Abs. 1 Grundgesetz).

Geht es indes nach dem CDU-Bundestagsabgeordneten Siegfried Kauder, dann soll das ganz anders werden. In einem Interview verlangte Kauder: „Die Presse muss dazu verpflichtet werden, sich zurückzuhalten, wenn die Gefährdungslage wie jetzt hoch ist.“ Jener Kauder ist nicht nur Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages, sondern gehört auch einer einflussreichen CDU-Dynastie an – sein Bruder Volker ist Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (auch CDU) möchte, dass das Militär endlich im Inland nicht nur zackig aufmarschiert, sondern gleich richtig in den Kampf zieht. „Wenn die Bundeswehr etwas kann, was die Polizei nicht kann und was für die Sicherheit zuträglich ist, sollte man die Streitkräfte auch einsetzen”, forderte er in einem Interview. Dafür müsste das Grundgesetz geändert werden. Bouffier ist neben seinem Regierungsamt auch stellvertretender Vorsitzender der CDU. Unterstützung beim Wunsch nach Bundeswehr-Einsätzen im Inland bekam er von Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (ebenfalls – was für ein Zufall – in der CDU). „Wir treten ein für die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not“, heißt es übrigens im aktuellen Grundsatzprogramm der Union. Genau – und im Himmel ist Jahrmarkt… ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.